

Rainer Dahlem
Landesvorsitzender

Stuttgart, 5. September 2007

Statement bei der Pressekonferenz der GEW Baden-Württemberg zum Schuljahresbeginn 2007/2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch wenn ich mit den Journalistinnen und Journalisten des Landes angesichts der Flut von Pressekonferenzen im Vorfeld des Schuljahresbeginns zurzeit fast Mitleid habe und wir uns deshalb sehr sorgfältig überlegt haben, ob wir auch eine Pressekonferenz durchführen oder nicht – in diesem Jahr halten wir es für dringend notwendig, auf die außerordentlich schwierige Situation im kommenden Schuljahr hinzuweisen. Ich begrüße Sie deshalb ganz herzlich und freue mich, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Vielleicht ergibt sich ja aus der zeitlichen Abfolge der heutigen Pressekonferenzen ein ganz gutes Kontrastprogramm.

Ich möchte mich auf drei zentrale Punkte, die uns besonders wichtig sind, beschränken:

1. Die Unterrichtsversorgung wird sich im kommenden Schuljahr in allen Schularten verschlechtern. Diese Aussage trifft zu, auch wenn der Kultusminister voraussichtlich nachher beteuern wird, dass der Pflichtunterricht gesichert sei. Wir sagen, dass auch Arbeitsgemeinschaften, aber insbesondere Ergänzungs- und Förderstunden, keine Kür sind, sondern zum Pflichtprogramm einer Schule gehören müssen.

Wenn die Gerüchte stimmen, dann wird er nachher ja vielleicht noch ein paar (hundert) Stellen aus dem Hut zaubern, die jetzt schnell übers Land verteilt werden, um die Gemüter zu beruhigen.

Auch wenn es sich dabei allenfalls um kosmetische Korrekturen handelt, bleibt festzuhalten, dass jedes Nachbessern Ergebnis der Proteste und des öffentlichen Unmuts über die Unterrichtsversorgung und die miserable Einstellungspolitik des Landes ist.

Am glimpflichsten kommen im nächsten Schuljahr wohl die Gymnasien weg, die durch Umschichtung von Stellen aus dem Bereich der Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen 427 zusätzliche Stellen erhalten, die allerdings einerseits aufgrund der nach wie vor steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen, aber auch durch die Finanzierung des achtjährigen Gymnasiums dringend notwendig sind.

An den Beruflichen Schulen wird ein Schülerinnen- und Schülerzuwachs von 6.000 prognostiziert; hinzu kommen zum einen das seit Jahren bestehende strukturelle Unterrichtsdefizit von 4,4 % sowie die „Bugwelle“ an Überstunden, die auf ein Gesamtvolumen von 1.000 Deputaten zusteuert.

Mit anderen Worten: Die hundert vom Grund- und Hauptschulbereich umgeschichteten Stellen reichen bei Weitem nicht aus, um die Unterrichtsversorgung an den Beruflichen Schulen sicher zu stellen; auch hier wird sich vieles verschlechtern.

Am gravierendsten jedoch ist die Verschlechterung der Unterrichtsversorgung an den Grund-, Haupt- und Realschulen, weil dort weit mehr Lehrerdeputate abgezogen bzw. gestrichen oder gesperrt worden sind als dies aufgrund der rückläufigen Schülerinnen- und Schülerzahlen statistisch gerechtfertigt wäre. Die Prognosen schwanken zwischen 15.000 und 22.000 weniger Schülerinnen und Schülern an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen. An diesen rund 3.500 Schulen gibt es 51.000 Klassen und dies bedeutet, dass nicht einmal in jeder dritten Schulklasse eine Schülerin bzw. ein Schüler weniger auftaucht als im letzten Schuljahr.

Ich will damit noch einmal deutlich machen, dass rückläufige Schülerzahlen nicht im gleichen Verhältnis einen rückläufigen Lehrerbedarf zur Folge haben, sondern dass sich rückläufige Schülerzahlen erst in einigen Jahren in einem deutlichen Minderbedarf zeigen. Das heißt, dass die rückläufigen Schülerinnen- und Schülerzahlen im kommenden Schuljahr nicht eine einzige Lehrerinnen- und Lehrerstunde weniger zur Folge haben. Auf der anderen Seite fehlen die rund 540 Stellen, die von den Grund- und Hauptschulen umgeschichtet worden sind – die Folgen für diese Schulen sind eine Erhöhung des Unterrichtsdefizits, Klassenzusammenlegungen und ein weiterer Abbau von Ergänzungs- und Förderunterricht.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Rückmeldungen von Schulen, die wir in den letzten Tagen erhalten haben und die Sie in Ihren Unterlagen finden.

Wir haben vor wenigen Tagen ein Internetportal eingerichtet, wo sich Schulen, aber auch Elternbeiräte bei uns melden können, um über die Situation an ihrer Schule zu berichten.

Unser Ziel ist, den Druck auf die Landesregierung von Baden-Württemberg weiter zu erhöhen, dass sie zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einstellt.

Die Landesregierung lässt es offensichtlich auch völlig kalt, dass nach wie vor knapp 5.000 gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg arbeitslos sind, in andere Bundesländer abwandern oder sich beruflich neu orientieren.

Wir fordern von der Landesregierung deshalb, dass sie in einem ersten Schritt die immer noch gesperrten bzw. gestrichenen 686 Stellen sofort zur Besetzung frei gibt und damit den Bruch der Koalitionsvereinbarung von 2006 korrigiert.

Um mittelfristig jedoch wieder zu einer seriösen und verlässlichen Einstellungspolitik und Personalentwicklung zu kommen, die von einer realistischen Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen, den zu erwartenden Übertrittsquoten auf weiterführende Schulen und den Bildungsangeboten ausgeht, ist eine Politik notwendig, die sich von bisherigen Trickereien und Verschiebereien verabschiedet und die endlich der Öffentlichkeit und den Betroffenen transparent und nachvollziehbar darstellt, wie Lehrerzuweisung und Einstellung organisiert werden. Was sich das Kultusministerium im letzten Jahr geleistet hat, ist absolut nicht akzeptabel.

Wenn sich die Politik, die wir seit der Landtagswahl 2006 im Bereich der Lehrerinnen- und Lehrerstellen ertragen mussten, im nächsten Jahr fortsetzt, dann wird das Chaos vollends perfekt.

Niemand versteht, dass die Landesregierung nicht in der Lage oder nicht bereit ist, die Personalentwicklung mindestens bis zur nächsten Landtagswahl einigermaßen verlässlich zu planen.

2. Das Thema „Schulstruktur in Baden-Württemberg“ wird uns auch im kommenden Schuljahr beschäftigen. Wer glaubt, dass das von der Landesregierung Ende Juni beschlossene Programm zur Stärkung der Hauptschule im Umfang von 26 Millionen Euro die Rettung bedeutet, der ist gewaltig auf dem Holzweg. Das gegliederte Schulwesen wird weder durch kosmetische Korrekturen noch durch eine weitere Zergliederung in Praxis- und Werkrealschulzug noch durch pädagogische Assistenten an Hauptschulen überleben. Alle Informationen, die wir zu den Übertrittsquoten im Schuljahr 2007/2008 haben, deuten darauf hin, dass sich die Abkehr von der Hauptschule weiter fortsetzt.

Wir begrüßen allerdings ausdrücklich, dass für die Stärkung der Kernkompetenzen in den Klassen 5 und 6 zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, auch wenn es sich

angesichts der Problemlage dabei nur um den berühmten Tropfen auf den heißen Stein handelt.

Es ist auch bezeichnend, dass die Resonanz auf das Programm der Landesregierung in der Öffentlichkeit ziemlich vernichtend war. Beifall gibt es allenfalls noch vom Philologenverband und den Berufsschullehrerverbänden.

Die GEW Baden-Württemberg wird das Thema Überwindung des gegliederten Schulwesens weiter auf die Tagesordnung setzen, z. B. bei einem Bildungskongress am 24. November 2007. Wir setzen dabei auch auf gesellschaftliche Kräfte und Organisationen, die mittlerweile erkannt haben, dass das starre Festhalten am gegliederten Schulsystem keine Zukunftschance hat. Ich nenne beispielhaft die kommunalen Spitzenverbände, den baden-württembergischen Handwerkstag, viele Elternvertreterinnen und -vertreter sowie ganz zaghaf auch die Organisationen der Wirtschaft, also Handwerkskammer und IHK.

3. In ganz engem Zusammenhang zur Schulstrukturfrage steht das in den letzten Wochen in Deutschland heiß diskutierte Thema des Fachkräftemangels. Überall wird beklagt, dass es den Unternehmen an qualifizierten Facharbeiterinnen und Facharbeitern, aber insbesondere auch an hoch qualifizierten Arbeitskräften fehlt.

Ich will in diesem Zusammenhang nicht nur die Unternehmen kritisieren, dass sie zu wenig ausbilden und ihre Personalplanung nicht längerfristig organisieren, sondern den Blick auf einen anderen Aspekt richten.

Spätestens seit PISA wissen wir, dass unser Schulsystem nicht nur ein Gerechtigkeits- sondern auch ein Leistungsproblem hat. Wir leisten uns im unteren Bereich eine Risikogruppe von Jugendlichen, die im Bundesdurchschnitt etwa 23 % eines Jahrgangs ausmacht – das sind die Jugendlichen, welche die

allgemein bildenden Schulen ohne oder mit einem ganz schlechten Abschluss verlassen und die erhebliche Schwierigkeiten haben, eine Berufsausbildung zu absolvieren bzw. den Einstieg in die Berufsarbeit zu finden.

Auf der anderen Seite des Systems haben wir insoweit ein Leistungsproblem, als unsere Spitze viel zu schmal ist, gemessen an anderen vergleichbaren Staaten und wir demzufolge den Bedarf an hoch qualifizierten Arbeitskräften nicht selbst decken können. Dies hat natürlich etwas mit unserer Schulstruktur zu tun. Obwohl uns immer wieder vorgegaukelt wird, es gebe für jedes Kind die begabungsgerechte Schule, schaffen wir es weder, schwächere Schülerinnen und Schüler ausreichend zu fördern noch leistungsstarke Schülerinnen und Schüler so zu fordern und zu fördern, dass sie ihre Stärken auch ausreichend entwickeln können. Dies ist Ergebnis einer Schulstruktur, die auf Auslese und Abschlussprüfungen hin orientiert ist und nicht an der optimalen individuellen Förderung der Kinder und Jugendlichen.

Ich finde es zynisch, wenn eine Gesellschaft 20 % eines Jahrgangs abschreibt und gleichzeitig den Fachkräftemangel beklagt.

Zum Schluss will ich jedoch nicht nur kritisieren, sondern das Kultusministerium auch loben:

Im Hause Rau wird derzeit die ab dem Schuljahr 2008/2009 fällige Rückerstattung der Vorgriffsstunde vorbereitet. Dass die Landesregierung zu der Vereinbarung mit den Lehrerinnen und Lehrern steht, ist eigentlich selbstverständlich; was uns freut ist, dass das Kultusministerium – nicht ganz uneigennützig – eine flexible Rückgabe der Vorgriffsstunde zulässt und die Lehrerinnen und Lehrer selbst entscheiden können, wann und wie sie die bereits geleisteten Mehrarbeitsstunden zurückerstattet bekommen.

Eine zweite positive Anmerkung will ich anschließen. Mit Ende des Schuljahres 2006/2007 endeten die Modellversuche zur Lehrerinnen- und Lehrerarbeit an zwanzig Schulen – wir gehen davon aus, dass diese Modellversuche jetzt ausgewertet werden und das Kultusministerium dann mit uns und anderen Experten eine sorgfältige Diskussion darüber führt, welche Schlüsse aus diesen Modellversuchen gezogen werden können.